



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien

---

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

### Platz der Republik 1

11011 Berlin  
Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

### Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

### Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 3. April 2014

---

## Bericht aus Berlin 3/2014

### I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die ersten 100 Tage der Bundesregierung und unserer Koalition mit der CDU/CSU liegen hinter uns. Es waren tatkräftige und erfolgreiche 100 Tage, in denen vieles auf den Weg gebracht wurde. Und: Die SPD und ihre Ministerinnen und Minister sind Motor dieser Koalition. Zugleich haben wir mit unserem Koalitionspartner zu einem guten Arbeitsverhältnis gefunden.

### **Die Arbeit an der Gesetzgebung beginnt: Gesagt, getan, gerecht!**

Für uns wichtige Gesetzentwürfe erreichen nun den Bundestag: Das Rentenpaket in dieser Woche, es folgen EEG, Haushalt, Tarifpaket. Das alles in einem sehr engen Zeitplan von insgesamt nur sieben Sitzungswochen, von denen zwei den Haushaltsberatungen vorbehalten sind. Die nächsten Monate werden besonders heftig. Unsere Vorhaben noch vor der Sommerpause erfolgreich im Bundestag abzuschließen - das ist unser Ziel. Um mit Fug und Recht sagen zu können: Gesagt, getan, gerecht!

In der Bevölkerung können wir weiterhin auf eine überwältigende Zustimmung zählen. Der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro wird in einer aktuellen Umfrage von 80 Prozent der Befragten unterstützt. Auch die Maßnahmen unseres Rentenpakets werden von einer breiten Mehrheit getragen: Mit 73 Prozent hat die Rente nach 45 Beitragsjahren aktuell eine ähnlich



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

hohe Akzeptanz wie die Mütterrente mit 83 Prozent (Zahlen nach Info GmbH im Auftrag des BMAS).

### **Aufs richtige Gleis gesetzt: Mietpreisbremse, ElterngeldPlus und gerechte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen**

Es bleibt dabei: Wir versprechen nicht nur, wir liefern auch. Unsere Ministerinnen und Minister treiben wichtige Vorhaben erfolgreich voran:

Mit der **Mietpreisbremse** begegnen wir der Sorge vieler Menschen um bezahlbaren Wohnraum. Vor allem in attraktiven Ballungszentren steigen die Mieten bei Wiedervermietung derzeit überdurchschnittlich. Der Referentenentwurf von Heiko Maas sieht vor, bei angespannter Marktlage die zulässige Miete bei einer Wiedervermietung auf die ortsübliche Miete plus 10 Prozent zu beschränken. Auch der unfairen Praxis, dass Vermieter die Kosten der von ihnen eingeschalteten Makler auf die Wohnungssuchenden abwälzen, wollen wir einen Riegel vorschieben. Künftig gilt: Wer bestellt, der bezahlt!

Mehr Zeit für Familie und mehr Partnerschaftlichkeit. Das sind die Ziele der von Manuela Schwesig vorgelegten Eckpunkte zur Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes. Mit dem **ElterngeldPlus** wollen wir Eltern beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen: Teilzeit arbeitende Eltern sollen länger Elterngeld beziehen. Der Partnerschaftsbonus ergänzt das ElterngeldPlus. Er setzt Anreize, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf partnerschaftlich zu organisieren. Zudem wollen wir die Elternzeit flexibler gestalten: Künftig können bis zu 24 Monate Elternzeit auf einen Zeitraum zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes übertragen werden.

In keiner anderen Wirtschafts nation sitzen so wenige Frauen in Führungsetagen wie in Deutschland. Daran wollen wir endlich etwas ändern. Die **Leitlinien zur gerechten Teilhabe von Frauen in Führungspositionen** sehen vor, dass Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen ab 2016 mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt sein müssen. Unternehmen, die nur eine der beiden Voraussetzungen erfüllen, müssen sich ab 2015 verbindliche Ziele setzen, um den Frauenanteil in Aufsichtsrat, Vorstand und oberste Management-Ebene zu erhöhen. Klar ist: Was von der privaten Wirtschaft verlangt wird, muss erst recht für den öffentlichen Dienst gelten. Deshalb sollen auch hier die gesetzlichen Regelungen modernisiert und geschärft werden.

### **Gesundheitspolitik: Das Ende der Kopfpauschalen**

Das Kabinett hat in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf „Zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ beschlossen. Ein Erfolg, für den wir lange gekämpft haben: Die Kopfpauschalen werden abgeschafft! Kopfpauschalen gehen zu Lasten von Rentnerinnen und Rentnern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit kleinem Einkommen. Auch hier zeigt sich: Es macht einen Unterschied, ob Sozialdemokraten Regierungspolitik mitgestalten - oder nicht. Allerdings mussten wir im Koalitionsvertrag auch ein schmerzhaftes Zugeständnis machen: Künftige Beitragssteigerungen werden zunächst nur von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern zu tragen sein, die



**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Arbeitgeber bleiben vorerst geschont. Wir Sozialdemokraten werden uns auch hier an den Koalitionsvertrag halten - so wie wir dies auch von unserem Koalitionspartner bei den Beratungen zu Rente und Mindestlohn erwarten.

### **Großer Schritt zu einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht**

Faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle. Dafür steht die SPD. Deshalb machen wir uns stark für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht. Es darf nicht sein, dass junge Menschen gezwungen sind, sich gegen die Wurzeln ihrer Familien zu entscheiden. Wir haben es geschafft, dass die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder künftig entfällt. Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, darf künftig die deutsche wie auch die Staatsangehörigkeit seiner Eltern behalten. Angesichts der starken Widerstände in der Union ist es ein großer Erfolg, dass der Justiz- und der Innenminister sich auf einen vernünftigen und praktikablen Kompromissvorschlag geeinigt haben. Die vereinbarte Beweislastumkehr vermeidet unnötige bürokratische Hürden für die betroffenen Jugendlichen. Jetzt beginnen wir endlich, das Staatsbürgerschaftsrecht an gesellschaftliche Realitäten und Notwendigkeiten anzupassen. Sicher können wir hiermit noch nicht alle Erwartungen erfüllen. Aber wir gehen einen großen und - so bin ich überzeugt - unumkehrbaren Schritt hin zu einem modernen und gerechten Staatsbürgerschaftsrecht. Vor allem aber: Wir verbessern ganz konkret die Lebenssituation vieler junger Menschen.

### **Ukraine - Diplomatische Bemühungen fortsetzen**

Die Lage in der Ukraine bleibt angespannt. Wir unterstützen die Bundesregierung voll in ihrem Kurs, sich auf eine politische Regelung des Konflikts zu konzentrieren und eine drohende Spaltung Europas abzuwenden. Die Ukraine-Krise lässt sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Das geht nur mit diplomatischen Bemühungen zur Deeskalation. Die mit der Stimme Russlands beschlossene OSZEBeobachtermission in der Ukraine ist ein richtiger, erster Schritt.

In dieser außerordentlich schwierigen Lage gilt es einen kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht in eine Spirale militärischer Eskalation drängen lassen. Gleichzeitig wissen unsere Partner in der NATO, dass wir ohne Wenn und Aber zur Solidarität im Bündnis stehen.

Wenn Deutschland sich an verstärkten Routineoperationen im Bündnisgebiet, zum Beispiel in der Luftüberwachung in den baltischen Staaten, beteiligt, so ist dies auch unter diesem Gesichtspunkt ein wichtiges Zeichen der Bündnissolidarität. Es ist nichts Neues, wenn deutsche Flugzeuge im Rahmen von Routineüberwachung im Baltikum Luftsicherheit herstellen. Dies war bereits mehrmals der Fall, zuletzt 2013.

Mit freundlichen Grüßen



**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **2. ZUR WOCHE**

### **TOP 3: Lebensarbeits- und Erziehungsleistungen stärker würdigen**

Viele Menschen haben ihr Arbeitsleben bereits in jungen Jahren begonnen oder durch Kindererziehung unterbrochen. Ihren wertvollen Beitrag zur Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir künftig besser anerkennen. Langjährig Beschäftigten ab 63 Jahren soll es möglich sein, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen. Kurzzeitige Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie durch Arbeitslosigkeit oder Weiterbildung wollen wir dabei berücksichtigen. Auch die Erziehungsleistung von Müttern oder Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, soll stärker als bisher anerkannt werden. Gleichzeitig sichern wir Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit besser ab: Das Einkommen vor Eintritt der Erwerbsminderung wird künftig zwei Jahre länger angerechnet und die letzten vier Beitragsjahre nur bei positiver Wirkung auf die Erwerbsminderungsrente berücksichtigt.

### **TOP 4: Landwirtschaftliche Betriebe zu mehr Umweltschutz verpflichten**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Neuausrichtung der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik umgesetzt. Dabei wird ein Teil der Unterstützung mit Auflagen zu mehr Umweltschutz verbunden. Dies ist ein erster Schritt in Richtung „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“. So wird neben der Umschichtung von Geldern in die ländliche Entwicklung besonders der Erhalt von Dauergrünland als klimawirksame Maßnahme und die Ausweisung von ökologischen Vorrangflächen geregelt. Dies ist ein Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung ländlicher Räume.

### **TOP 6: EU-Ausbildungsmission EUTM Somalia unterstützen**

Die Bundesregierung bittet den Bundestag um Zustimmung zum Antrag zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission „EU Training Mission Somalia“ (EUTM Somalia). Das Mandat soll bis zum 31. März 2015 verlängert werden. Bis zu 20 deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen an der Ausbildungsmission teilnehmen. Die Mission leistet einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung des Aufbaus somalischer Streitkräfte sowie zur Stabilisierung des Landes und der Region. Deutschland hat sich von Anfang an für einen umfassenden Ansatz der EU am Horn von Afrika eingesetzt. Er ist militärisch und politisch sinnvoll, da er die somalische Eigenverantwortung weiter stärkt.

### **TOP 7: Minderheitenrechte im Deutschen Bundestag sichern**

Die Minderheit im Bundestag muss ihren Standpunkt in den Willensbildungsprozess des Parlaments einbringen können. Der Antrag der Koalition „Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode“ sieht daher vor, die Minderheitenrechte der Opposition zu sichern. Dafür soll die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages für die 18. Wahlperiode geändert werden, damit die Opposition Untersuchungsausschüsse und EnqueteKommissionen einsetzen und die Rechte des



**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundestages in EU-Angelegenheiten wahrnehmen kann, auch wenn die Oppositionsfraktionen weniger als 25 % der Abgeordneten stellen. Eine interfraktionelle Einigung sieht vor, für die 18. Legislaturperiode das Quorum dafür auf 120 Abgeordnete ohne Bindung an die Opposition herabzusetzen. Grüne und Linke verfügen zusammen über 127 Abgeordnete.

### **TOP 8: Mindestlohn in der Fleischindustrie kommt**

Die Ankündigung eines gesetzlich flächendeckenden Mindestlohns zeigt bereits erste Erfolge: Im Januar 2014 haben die Tarifvertragsparteien der Fleischindustrie erstmals bundesweite Mindeststandards vereinbart. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Fleischwirtschaft sind auch aufgrund nur eingeschränkt vorhandener Tarifstrukturen oft nicht angemessen. Mit dem als Regierungsentwurf vorliegenden Ersten Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes schaffen wir nun die Voraussetzung dafür, dass der Mindestlohntarifvertrag für alle Unternehmen und Beschäftigte der Fleischindustrie für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Der zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbarte Branchenmindestlohn gilt dann auch für Arbeitgeber mit Sitz im Ausland und für ihre nach Deutschland entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

### **TOP 10: Telekommunikationsmärkte gut regulieren**

Alle zwei Jahre legt die Bundesnetzagentur einen Bericht über ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Telekommunikation vor. Unter anderem veröffentlichte die Netzagentur zur Erhöhung der Transparenz einen neuen Infrastrukturatlas, mit dem Synergiepotenzial bei der Verlegung von Netzen genutzt werden sollen sowie eine Messkampagne, um die Verbraucher besser über die tatsächliche Geschwindigkeit von Breitbandanschlüssen zu informieren.

Ergänzt wird der Bericht der Bundesnetzagentur um ein Sondergutachten der Monopolkommission zur Vielfalt auf den Telekommunikationsmärkten. Darin geht die Kommission der Frage nach, inwieweit die Strukturen dieser Märkte bereits nachhaltig wettbewerbsorientiert sind. Sie plädiert dabei für einen weiterhin wettbewerbsgetriebenen Ausbau der Breitbandnetze durch private Investitionen. Außerdem äußert sie sich kritisch zu Plänen für eine stärkere Vereinheitlichung der europäischen Regulierung des Telekommunikationsbinnenmarkts. Diese würde es erschweren, insbesondere beim Frequenz- und Breitbandausbau auf regionalspezifische Besonderheiten einzugehen.

### **TOP 18: An den Völkermord in Ruanda erinnern**

Mit einer Kernzeitdebatte erinnert der Bundestag in dieser Woche an den Völkermord in Ruanda vor 20 Jahren. Von April bis Juli 1994 kamen dort über 800.000 Menschen ums Leben. Dazu gehört auch die Erinnerung an die wenig entschiedene Rolle der internationalen Gemeinschaft, die trotz vielfältiger Informationen über das mörderische Handeln vor Ort nicht ausreichend versucht hat, die Gräueltaten zu beenden. Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag würdigt der Deutsche Bundestag die nationalen Bemühungen um Aufarbeitung und Versöhnung, sowohl durch strafgerichtliche wie auch zivilgesellschaftliche Strukturen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Regierung Ruandas bei der Festigung demokratischer Strukturen zu unterstützen und durch Konfliktprävention und -regelung Menschenrechtsverletzungen frühzeitig



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

zu verhindern. Die Debatte am Freitag soll auch dazu genutzt werden, um politische Konsequenzen im Hinblick auf die deutsche Afrikapolitik zu thematisieren.

### **TOP 19: Bericht über den deutschen Auslandsrundfunk**

Der Bundestag debattiert in dieser Woche den Evaluationsbericht der Deutschen Welle für die zurückliegenden drei Jahre. Das umfasst die journalistischen Angebote der Deutschen Welle in 30 Sprachen in den Medien TV, Radio und Online. In den Berichtszeitraum fällt eine grundlegende Strukturreform der Deutschen Welle, die noch nicht abgeschlossen ist. Sprachliche Angebote für Bild-, Wort- und Textbeiträge sollen zusammengeführt, neue Medienformen genutzt und gleichzeitig stärker auf die einzelnen Senderegionen ausgerichtet werden. Wichtig war und ist uns dabei, dass dieser Prozess zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Senders umgesetzt wird. Auch durch diese Reformen konnte der Sender die Nutzungszahlen von 2009 wöchentlich 86 Mio. Menschen auf 2012 101 Mio. Menschen steigern. Damit trägt die Deutsche Welle wesentlich zur Reputation Deutschlands im Ausland ebenso bei wie zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur. Die neue Aufgabenplanung wird im Herbst 2014 vorliegen und im Deutschen Bundestag hinsichtlich der Ausrichtung der Deutschen Welle in den kommenden Jahren kritisch zu diskutieren sein.

### **TOP ZP1: Syrische Chemiewaffen beseitigen**

In dieser Woche beraten wir ein Mandat zur Beteiligung Deutschlands an der Absicherung zur Vernichtung syrischer Chemiewaffen. Mit dem vorliegenden Mandat soll sich die Bundeswehr an dem multilateralen maritimen Begleitschutz für das US-Schiff „Cape Ray“ beteiligen, auf dem die Chemiewaffen vor der Küste Syriens chemisch zerlegt und waffenuntauglich gemacht werden (Hydrolyse). Bei der Hydrolyse wird durch ein geschlossenes System sichergestellt, dass keine chemischen Stoffe freigesetzt werden. Die Vernichtung syrischer Chemiewaffen findet unter dem Mandat der Vereinten Nationen statt.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hatte bereits im Januar deutsche Unterstützung bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen zugesagt, da die Bundeswehr hierzu über große Expertise verfügt. Hierzu wurde den Vereinten Nationen die Nutzung der bundeseigenen Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltslasten (Geka) im niedersächsischen Munster angeboten, in der die Reststoffe mehrerer hundert Tonnen bereits zerlegter Kampfstoffe umweltgerecht vernichtet werden.